

# Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Tagesblatt Riesa,  
Grenzstr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa bestellbar bestimmte Blatt.

Postfachamt:  
Riesa 1590,  
Strolacher  
Riesa Nr. 52.

Nr. 133.

Donnerstag, 11. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 28 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Gewähliger Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Anzeigen eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Briefkasten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Der Schuldspruch von Versailles.

Ausländische Forscher sprechen zur Kriegsschuldfrage.

Nach Beendigung des Weltkriegs gab es draußen in der Welt nur eine Stimme: die Mittelmächte, und vor allem Deutschland, sind schuld am Kriegsausbruch. Die Kriegsschuldfrage, wie sie etwa im Versailler Friedensvertrag und in dem Ultimatum vom 18. Juni 1919 niedergelegt war, fand kaum einen Widerpruch. Langer Aufklärungsarbeit durch die neugegründete deutsche Zentralkommission für Erforschung der Kriegssachen hat es dann bedurft, um die Kriegsschuldfrage zu erschüttern. Nicht in das verworrene Spiel und Widerspiel der Vorkriegsdiplomatie fiel durch die Herausgabe von Memoirenwerken der hauptbeteiligten Staatsmänner. Auch das Ausland ging allmählich an die Durchleuchtung der Kriegssachen heran. Die Forschungen führten zu einem Ergebnis, das unsere Gegner von ebendem nicht erwarteten: Deutschland wurde entlastet, und der Vorwurf von der deutschen Kleinmoral am Weltkrieg zerfiel.

Wie sieht das Ausland heute zur Versailler Kriegsschuldfrage? Eine Frage, von der viel, wenn auch nicht alles, abhängt. Die Zentralkommission für Erforschung der Kriegssachen hat kürzlich eine Umfrage an namhafte Historiker, Staatsrechtler und andere Professore des Auslandes herausgegeben lassen. Im letzten Heft der "Berliner Monatshefte" ist das Ergebnis dieser Umfrage veröffentlicht worden. Etwa 70 ausländische Forscher haben zu den Fragen, die man ihnen vorlegte, mehr oder weniger erschöpfend Stellung genommen. Befragt wurden nicht nur Forscher aus dem neutralen Ausland, sondern auch Männer, deren Gegnerschaft gegen die deutsche Kriegsschuldpropaganda bekannt war. Wie sieht also das Ausland zur Versailler Kriegsschuldfrage?

Den ausländischen Forschern wurden von den deutschen Fragestellern drei Fragen vorgelegt, deren Wortlaut sich möglichst an die Bezeichnungen des Versailler Vertrages anlehnt. Die erste Frage lautete: "Sind Sie der Auffassung, daß Deutschland den Weltkrieg mit Vorbedacht geplant, sowie ihn vorsätzlich und absichtlich herbeiführt hat?"

Die zweite Frage hatte folgenden Wortlaut: "Sind Sie der Auffassung, daß Deutschland den alliierten und assoziierten Regierungen den Krieg aufzueingeworfen hat?"

Und als dritte Frage schließlich: "Treten Sie der Auffassung bei, daß das in Versailles über die Schuld Deutschlands am Kriege von den alliierten und assoziierten Regierungen abgegebene Urteil auf Grund von Material gewonnen worden ist, das unvollständig, tendenziös und zum Teil sogar gefälscht war?"

Man kann darüber streiten, ob die Fragestellung richtig gewählt worden ist. Darauf kommt es hier auch gar nicht an. Wesentlich ist allein, daß etwa 70 Forscher die ihnen vorgelegten Fragen beantwortet haben, darunter Sachverständige aus Frankreich, England und den Vereinigten Staaten. Träger bekannter Namen treffen wir unter den befragten Persönlichkeiten an: Norman Angell, James T. Shotwell, Harold Nicolson, Lord Arthur Balfour, Henri Driand, Scarpinos und Japikse. Die erste Frage — ob der Krieg von Deutschland, vorsätzlich und absichtlich herbeiführt wurde — ist von 58 Sachverständigen verneint worden. Nur fünf Forscher sind zu einer Bejahung gekommen und zwölf nehmen eine unklare Stellung ein. Ähnlich ist das Sachverhältnis auch bei der zweiten Frage. 49 Forscher verneinen die Frage, 18 geben ausweichende Antworten und acht stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß Deutschland den alliierten Regierungen den Krieg "aufzueingeworfen" habe. Die dritte Frage verneint 51 Sachverständige, während nur einer von ihnen sich zu einer Bejahung entschloß. Immerhin nehmen auch hier 13 Sachverständige eine ziemlich unklare Stellung ein.

Im Ganzen darf man also sagen, daß das Ergebnis der Kriegsschuldfrage für Deutschland erfreulich ist. Im Ausland, in den germanischen Ländern mehr als in den romanischen, hat sich längst die Auffassung durchgesetzt, daß Deutschland nicht allein die Schuld am Kriege aufzubehalten ist.

Trotzdem wird man davon warnen müssen, an das Ergebnis dieser Umfrage allzu große Hoffnungen zu knüpfen. Nur ein kleiner Kreis von sachverständigen Leuten konnte hier zu Rate gezogen werden. Die geistige Elite eines Landes vertritt aber nicht das ganze Volk, und das Volk — wie wissen es — denkt in diesen Dingen oft ganz anders. Daß die Kriegsschuldfrage noch nicht heute und morgen abgetan sein kann, bevor letzten gerade die Antworten der französischen Sachverständigen einen lebendigen Beweis. Wie wenig hier noch die Deutsche gilt, geht aus der Antwort des berühmten französischen Historikers Scarpinos hervor, der sich an der ersten Frage vorsichtig vorbeist: "Der Ausdruck Deutschland ist zweideutig, es ist mir unentschieden, eine Frage zu beantworten, in der nicht unterschieden ist zwischen dem Volk, dem Kanzler, dem Kaiser und dem Generalstab." Deutsche Unterstellungen wegen auch merkwürdigerweise andere französische Sachverständige an. Man ist geneigt, das deutsche Volk zu entlasten, dagegen den Kaiser, den Ministern und den Feldherren die Last der Verantwortung zuzuschreiben. Was dem Kaiser fällt nur die Antwort Victor Marguerites, der kurz und bündig die erste Frage so beantwortet: "Ich glaube, das deutsche Kaiserliche Deutschland mit demselben Recht wie die Engländer, die Russen und die französischen Regierungen den Weltkrieg in dem Sinne mit Vorbedacht geplant hat, daß es sich darauf, als auf einen infolge der Mentalität der damaligen Führer früher oder später unvermeidlichen Konflikt, vorbereitet hat."

## Vor der Reparationsberatung.

Ältestenrat des Reichstages verlag.

Noch keine Entscheidung über Reichstageeinberufung.

Berlin, 11. Juni.

Die von manchen Kreisen noch für Mittwochabend erwartete Ministerbesprechung, in der der Kanzler und der Reichsaussenminister über ihre Englandreise Bericht erstatten, fand erst am heutigen Donnerstagvormittag statt. Offenbar hatte Dr. Brüning zunächst das Bedürfnis, sich Mittwochabend über die Stimmungen und Eindrücke zu informieren, die er in Berlin vorfindet. Ihr deutscher Niederschlag ist der Ausgang der Sitzung des Ältestenrates, die mit der Vertagung auf Dienstag durchaus zu verlaufen ist, wie man allgemein angenommen hatte. Auch in der parlamentarischen Mitte machen sich zweifellos Tendenzen in der Richtung einer Einberufung des Reichstages bemerkbar. Das gilt namentlich von der Deutschen Volkspartei, und ähnliche Strömungen sind auch in ihr benachbarten Gruppen vorhanden. Zunächst müssen aber die Fraktionen Stellung nehmen; sie haben mit ihren Beratungen zum Teil bereits am Mittwoch begonnen. Dazu kommt noch die Erwägung, daß man doch, schon aus Gründen der Loyalität, erst einmal die Mittelungen abwarten muß, die der Kanzler von seiner Reise mitbringt.

Die ersten Schilderungen, die Dr. Brüning und Dr. Curtius nach ihrem Eintreffen in Berlin von ihrem Londoner Aufenthalt gegeben haben, bestätigen vollkommen alles, was bisher über die freundschaftliche Aufnahme der beiden Minister berichtet worden ist. Mit Spannung sieht man nun aber nach der Beantwortung der praktischen Frage entgegen, in welcher Weise das Reparationsproblem aufgerollt werden soll. Das wird das Thema der nächsten Lage und Wochen sein, und von ihm wird die weitere Entwicklung der Frage einer Einberufung oder Nichteinberufung des Reichstages wesentlich beeinflusst werden.

In gutunterrichteten Kreisen rechnet man aber doch schon jetzt damit, daß sich am nächsten Dienstag im Ältestenrat keine Mehrheit für die Einberufung finden wird. Inner dem Eindruck der Notwendigkeit der Revisionsaktion wird zweifellos das Bedürfnis überwiegen, alle innerpolitischen Störungen, die der Zusammentritt des Reichstages mit sich bringen würde, auszuschalten.

Sollten diese Strömungen für die Reichstageeinberufung sich in den nächsten Tagen stärker bemerkbar machen, so würde der Reichskanzler zweifellos seine ganze Autorität einsetzen, um ihnen entgegenzuwirken. Nach Auffassung maßgebender Kreise wäre es dann sicher, daß es unter gar keinen Umständen zum Zusammentritt des Parlaments kommt.

## Die Stellung der Wirtschaftspartei

Der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei nahm einmütig folgende Entschiedenheit an:

Die Notverordnung hat das deutsche Volk bitter enttäuscht. Sie stellt im wesentlichen die Fortsetzung der bisherigen verhängnisvollen Politik mit Mitteln dar, die der Reichskanzler und die Reichsregierung selbst wiederholt als verfehlt, wirtschaftsfeindlich und als Ursache des deutschen Niederganges bezeichnet haben. Die von der Reichsregierung zur Behebung der Wirtschaftsnot und der Arbeitslosigkeit versprochenen und vom deutschen Volk erwarteten Maßnahmen zur endlichen Beseitigung der inneren und äußeren Fesseln der Wirtschaft werden nicht in Angriff genommen. Immer neue Vasten zur Erfüllung der unerträglichen Tributzahlungen werden dem deutschen Volke zugemutet. Daher fordert die Wirtschaftspartei die sofortige Einberufung des Reichstages und die Aufhebung der Notverordnung, deren Bestimmungen im übrigen auch die Existenz des Mittelstandes in nicht zu überbietender Weise bedrohen. Mit allem Nachdruck verlangt die Wirtschaftspartei die sofortige Wiederaufstellung des Reparationsproblems mit dem Ziel der Einlösung sämtlicher Tributleistungen.

## und der Bayerischen Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei bewies am Mittwochabend in einer Fraktionsitzung in Ber-

lin die durch den Erlaß der Notverordnung vom 5. Juni geklärte politische Lage. Gegen mehrere Bestimmungen der Notverordnung wurden erhebliche Bedenken erhoben und der Anschauung Ausdruck gegeben, daß durch Verhandlungen Änderungen zu erzielen seien. Die Fraktion wird in den nächsten Tagen wiederum zusammentreten, um endgültig Stellung zu nehmen.

## Gewerkschaftsprotokoll

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes hat sich mit der Notverordnung eingehend befaßt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund teilt zu dieser Beratung mit, daß beide Bundesverbände nicht die Notwendigkeit verkennen, dem ganzen deutschen Volke Opfer zugumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosennot wie auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthalte jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, daß der allgemeine Widerstand der Arbeiterschaft sich ungeküm geltend machen müsse. Die praktische Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würde verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften würden alle ihre Kraft einsetzen, um die unbedingt notwendige Milderung der Notverordnung herbeizuführen.

## Landvolksfraktion behält sich abwartend.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Landvolkspartei hat am Mittwoch nachmittag in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Schiele die neue Notverordnung und die Ergebnisse der Verhandlungen von Chocques besprochen. Sie hat beschlossen, dem Wunsch mehrerer anderer Parteien auf Verlangen des Ältestenrates des Reichstages zuzustimmen, da auch das Landvolk vor der Entscheidung über die Einberufung des Reichstages genaueren Aufschluß über die Absichten der Reichsregierung, namentlich auf außenpolitischem Gebiet, also über die weitere Entwicklung der Reparationsfrage sowie über die Frage einer etwaigen Umbelegung des Reichskabinetts und schließlich über die Frage verlangt, ob die Notverordnung von der Reichsregierung als unabänderlich angesehen wird.

## Bon „Revision darf nicht gesprochen werden“.

Paris. Unter der Überschrift "Deutschland und die Reparationen" beschäftigt sich der "Temps" am Mittwoch abend ausführlich mit den Ergebnissen von Chocques. Die Reichsregierung scheint die Absicht zu haben, weitere Schritte zu unternehmen, indem sie die Zahlungsnahme zunächst auf Paris und dann auf andere Länder ausstreckt. Wenn Reichskanzler Brüning tatsächlich diplomatische Schritte dieser Art im Auge habe, so sei es notwendig, daß Deutschland genauere Vorschläge mache. Bis jetzt seien alle Gerüchte über die deutschen Pläne in Bezug auf die Reparationsfrage von der Reichsregierung selbst demontiert worden, was nicht dazu diene, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. In seiner Kammerrede habe Driand die Lage klar umrissen und festgestellt, daß es Frankreichs gutes Recht sei, mit einem Nein zu antworten, wenn Deutschland mit Forderungen komme, die den Interessen Frankreichs zuwiderstehen. Ebenso habe Driand eine Revision des Youngplans zurückgewiesen. Man werde in Berlin gut tun, über die Worte Driands nachzudenken, die jeden Versuch zu einer Revision abschneiden. Deutschland könne nur zu den Möglichkeiten Zuflucht nehmen, die ihm die Bestimmungen des Youngplans offen ließen. Der Plan an sich könne keine Änderungen erfahren und müsse als endgültige Regelung bestehen bleiben.

Der "Paris Soir" stellt seinerseits fest, daß man in Paris eine Haltung bedauere, die mehr und mehr einer Reserve gleiche. Man warte die Ereignisse ab. Vielleicht wäre es jedoch besser, die Entwicklung vorauszuweisen und eine klare Stellungnahme zu finden, da die Ereignisse sonst eine für Frankreich ungünstige Wendung nehmen könnten. Wenn Reichskanzler Brüning und Reichsaussenminister Curtius nach Paris kämen, so solle man sie hier mit der gleichen Lebenswürdigkeit wie in England empfangen und gemeinsam mit ihnen jene Reparationskonferenz vorbereiten, die trotz der Zurückhaltung Amerikas wohl unvermeidlich sei.

Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist es, die Ursachen des Weltkriegs mit sanftmütiger Wahrheitsliebe weiter zu erforschen und die letzten Schleier von dem größten Verhängnis des letzten Jahrhunderts wegzureißen. Deutschland fürchtet das unbedeutliche Urteil der Wissenschaft nicht. Der

weltweit größte Teil der ausländischen Kriegsforscher — das hat die Umfrage deutlich ergeben — ist heute schon von der Unhaltbarkeit der Versailler Kriegsschuldtheorie überzeugt. Die Balken werden moich, auf denen das Gerüst der Friedensverträge aufgebaut ist.







Aus den Landtagsauswärtigen.

Schlechte Kreditverhältnisse für Sachsen.

10. Dresden. In der Mittwochssitzung des Haus-

Zustizetat

ein. Der Berichterstatter Abg. Günther (D.-P.) trug eine

Abg. Ren (SPD.) kritisierte die im Etat angewendeten

Abg. Siegel (Dn.) griff Landgerichtsdirektor Dr. Ziel

Abg. Dr. Kahner (Staatsp.) bezeichnete größte Vorzucht

Abg. Diermann (D.Vp.) führte die als Justizkrise be-

Der Justizminister verwies in seinen Erklärungen auf

Die heutige Verhältnisse stehen den Bau großer Zentral-

Zur Frage der Verbandsfrage führte der Minister

Abg. Bruns (D.Vp.), der gegen die Stimmen der Kom-

In der Abstimmung wurden die kommunistischen, eben-

Der Hausaltauschuss B. befasste sich mit der Not-

Die bekannt, sind seit Jahren schon Bestrebungen im Gange,

die durch eine Fusion die jetzigen Verhältnisse

Am die Ministergehaltsentzue

Dresden, 11. Juni.

Der Rechtsausschuss des Landtages fasste zu den von

des sächsischen Stein- und Kohlenbergbaus.

die durch eine Fusion die jetzigen Verhältnisse

Die bekannt, sind seit Jahren schon Bestrebungen im Gange,

der sächsischen Stein- und Kohlenbergbau.

der sächsischen Stein- und Kohlenbergbau.

der sächsischen Stein- und Kohlenbergbau.

Die Arbeitslosenfrage.

Kritisches zum dritten Brauns-Gutachten.

Die Rotverordnng vom 1. Juni 1931 mit ihren außer-

Die Gutachterkommission hat es als ihre Aufgabe an-

Rachdem sie auch heute noch keine Anzeichen für eine

Wenn man diese letzte Feststellung gewissermaßen als

Gegenüber den beiden ersten Gutachten der Kommission

Am der Regierung und schließlich auch der Öffentlichkeit

gehälter der Minister und der Beodlungsgruppen I bis V

der Reichsverfassung widerspricht.

Arbeit für den Landtag.

11 Dresden. Die kommunistische Landtagsfraktion

Ein weiterer Antrag der gleichen Fraktion will die

In einer von der wirtschaftsparteilichen Landtagsfrak-

fahrtverwehrlösenfürsorge nicht ausschlaggebend, da der

Wertvoll ist aber eine Gegenüberstellung der, wie an-

Selt Beschwerden der Reichsbank ist es bisher in keinem

Wenn diese erschütternden Zahlen ohne Berücksichtigung

Ein Vorschlag der Kommission, der allerdings in dem

In den weiteren Vorschlägen der Gutachterkommission

Andere seits trägt aber die Kommission der drückenden

Ungeachtet der Frage, ob von dem Gutachten noch we-

folgende Angelegenheiten der Rotverordnng vom 1. Juni

die Regierung zu tun, dieser Tatsache für die Weiter-

Die Regierung hat im Anchluss an die Vorlage Nr. 24

den Entwurf eines Gesetzes über den Staatshaushalt für

und die Vorlage Nr. 20 betr. die Übernahme von Beamten

des Reichswasserschubes in den sächsischen Staatsdienst

den Landtag nunmehr eine Vorlage zugewendet über den

und Ergänzungen zu den Kapiteln „Ordnungs-

Entwurfs des ordentlichen Staatshaushaltplanes auf das

werden sind, gefragt, was sie zu tun gedente, um dem

Die Abgeordneten der Deutschen Staatspartei haben

Ein Anfrage der deutschnationalen Landtagsfraktion

Die Regierung hat im Anchluss an die Vorlage Nr. 24

den Entwurf eines Gesetzes über den Staatshaushalt für

und die Vorlage Nr. 20 betr. die Übernahme von Beamten

Ein neuer Ueberbrückungsbau des Reiches.

Berlin. Die bereits seit längerer Zeit beabsichtigten Besprechungen des Reiches mit der Reichsbank zwecks Beschaffung eines Kredites zur Ueberbrückung der in Folge der in den ersten Monaten des Haushaltsjahres regelmäßig festlicher eingehenden Einnahmen entstandenen Schwierigkeiten sind Mittwoch begonnen worden.

Wirtschaftstagung des Stahlhelms.

Berlin. Der gebildeten Bildung eines Wirtschaftsrates des Stahlhelms dient eine gestern veranstaltete wirtschaftliche und sozialpolitische Tagung dieses Bundes, in der der Bundeskanzler Major a. D. Wagner, darlegte, warum seiner Meinung nach für den Stahlhelm die sachkundige Unterstützung durch führende Wirtschaftler bei der Föhrung seiner wirtschaftspolitischen Bestrebungen erforderlich sei.

Der evangelische Kirchenvertrag in zweiter Lesung angenommen.

Berlin. Der preussische Landtag nahm am Mittwoch den Staatsvertrag mit den evangelischen Landeskirchen mit 169 gegen 37 Stimmen der Kommunisten und einiger Volksparteiler bei 44 Enthaltungen der Sozialdemokraten in zweiter Lesung an.

Ein Nationalsozialist zum Präsidenten des Oldenburgischen Landtags gewählt.

Oldenburg. Der am 17. Mai neu gewählte Oldenburgische Landtag wählte in seiner ersten Sitzung den nationalsozialistischen Kandidaten Gähler mit 34 von 48 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten.

Zusammenschluß der Mittelparteien?

Berlin. Der „Vorwärts“ will erfahren haben, daß seit einigen Wochen Verhandlungen zwischen der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und den Volkskonferenzen im Gange seien mit dem Ziel des Zusammenschlusses der Mittelparteien.

Schleifenreise des Reichsverkehrsministers.

Breslau. Reichsverkehrsminister von Ostard bereist gegenwärtig Schlesien, um sich über verschiedene Pläne zum Ausbau der Oder zu unterrichten. Nach einer Besichtigung der Arbeiten am Slogauer Oberwehrwerk ging die Fahrt nach Ottmachau.

Amerika hat Zeit

Washington, 11. Juni. Im Gespräch mit den Vertretern der Presse wies Elihu Root energisch die angeblich aus Wallstreet stammenden Gerüchte zurück, daß er auf seine Europa-Reise verzichtet habe.

Die Rückkehr aus Chequers

Berlin. Gestern nachmittags 5 Uhr trafen mit dem außerplanmäßigen Sonderzug der „Europa“ der Reichskanzler und der Reichsaussenminister zusammen mit dem amerikanischen Botschafter Caffery auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein.

Das Unterhaus und die Auswirkungen von Chequers.

London. In der Antwort, die Premierminister Macdonald in der gestrigen Sitzung des Unterhauses auf eine Anfrage über die Besprechungen in Chequers erteilte, heißt es u. a.:

Die Berliner Blätter zur Brind-Reise.

Berlin. Die Rede des französischen Außenministers Brind in der Berliner Presse sehr beachtet. Seine Bemerkungen über die Stahlhelmschwärze werden insbesondere in der Reichspresse entschieden zurückgewiesen und als eine unberechtigte Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten bezeichnet.

Die Deutsche Tageszeitung wendet sich dabei auch gegen die Berufung auf die Macht, die Mittel und die fremdschaftlichen Vorteile, die es ihm gestattet, allen möglichen Ereignissen mit Kaltblütigkeit entgegenzutreten.

Der Sozialdemokrat spricht von einer „Brüskierung Deutschlands“. — Die Ausprägungen Brinds gegen die Revision der Reparationsabreden werden von allen Blättern, gleich welcher Parteirichtung, in mehr oder minder scharfer Form kritisiert.

Der Sozialist schreibt: Der Augenblick, wo weitere Zahlungen Deutschlands zu einem internationalen Verbrechen würden, ist nahe, weil der Grundlag der Damesch-Verhandlungen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes nicht unter ein gewisses Niveau sinken darf, feststehen dürfte auch für das Young-Meigine Weltung haben muß.

Politische Tagesübersicht.

Heute Notverordnungsbekanntmachung im preussischen Landtag. Der Reichsrat des preuss. Landtags hat beschlossen, den kommunalistischen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium als ersten Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des preuss. Landtages zu setzen.

Kommunistische Kundgebungen in Hamburg. Die Hamburgische Bürgerwehr ist um 6 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten. Seit dieser Zeit versuchen Kommunisten, vor dem Rathaus und in den angrenzenden Straßen zu demonstrieren.

Beifallnahme des R. S. Kurier. Von aufsehender Seite wird mitgeteilt: Die heutige Nummer der nationalsozialistischen Tageszeitung „R. S. Kurier“ ist auf Grund der Notverordnung beschlagnahmt worden.

Beifallnahme des R. S. Kurier. Von aufsehender Seite wird mitgeteilt: Die heutige Nummer der nationalsozialistischen Tageszeitung „R. S. Kurier“ ist auf Grund der Notverordnung beschlagnahmt worden.

Manöver der Roten Armee an der russisch-polnischen Grenze. Ende Juni begannen an der russisch-polnischen Grenze in der Ukraine die großen Manöver der Roten Armee unter Leitung des Kriegskommissars Woroschilow und des Chefs des Roten Generalstabes, Schaposnikow.

Die SPD. Ostschlens gegen die neue Notverordnung. Der erweiterte Bezirksvorstand der ostschlenschen SPD. billigte einstimmig die Zustimmung der ostschlenschen Delegierten auf dem Weipolzer SPD-Parteitag zur Entschließung Kampfer sowie den Beschluß, daß die Fraktionen in allen Körperschaften einheitslich und geschlossen aufzutreten haben.

nicht, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine Debatte über die letzte Lage in Bezug auf die Reparationen und interalliierten Schulden von Nutzen sein werde. Darauf stellte Kenworthy in Anbetracht der großen Wichtigkeit der Angelegenheit die Frage, wann Macdonald erwarre, daß die Lage in Zukunft eine Erklärung erlauben würde.

Der Bezirksvorstand erwartete von den Abgeordneten des Bezirks, daß sie in der Reichstagsfraktion die neue Notverordnung energisch bekämpfen.

Keine Auflösung der Bremischen Bürgerwehr. Auf die an den Bremischen Senat gerichtete Aufforderung des Stahlhelms, Gau Bremen, und der nationalsozialistischen Fraktion, die Bremische Bürgerwehr aufzulösen, da sie nach Verfassung der nationalsozialistischen Wehrverbände nur noch 119 Mitglieder statt verfassungsmäßig 120 hätte, hat der Verfassungsausschuß des Senats nunmehr ein Gutachten über die Rechtslage erteilt, dem der Senat zugestimmt hat.

Antwort der Nationalsozialistischen Fraktion auf weitere Entschlüsse deutscher Behörden in Ostland. Noch ist die Entscheidung der deutschen Dominik in Ostland keine vollkommene Tatsache, denn das Volksbegehren ist noch nicht abgeschlossen und die daran aller Wahrscheinlichkeit nach sich anschließende Abstimmung im Parlament noch nicht erfolgt.

Verbot einer nationalsozialistischen Zeitung. Der Kampf, das nationalsozialistische Organ für Ost-Preußen, ist wegen des in der Nummer 83 vom 8. 6. 31 erschienenen Artikels „Geht Gewalt vor Recht?“ durch Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 8. 6. 31 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 8. 31 auf die Dauer von acht Wochen, und zwar für die Zeit vom 9. 6. 31 bis 8. 8. 31 einschlüssig verboten worden.

Bilanz internationaler Agrarpolitik.

W. Prag. Nach einjähriger Dauer ist am 8. Juni der 15. Internationale Landwirtschaftliche Kongreß, der auf Einladung der tschechischen Regierung diesmal in Prag stattfand, mit einer feierlichen Schlußsitzung im tschechischen Abgeordnetenhause beendet worden.

Diese Auffassung wird auch durch die Entscheidung, die die erste Sektion vorzuschlug und die der Kongreß fast einstimmig annahm, wirksam unterstrichen. Sie weist auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die für die europäischen Länder bei einer Getreidebauvereinschränkung oder Getreideumstellung bestehen.

Damit hat sich der Kongreß grundsätzlich die Ausführungen zu eigen gemacht, die Minister Hermes bei der Eröffnungssitzung über Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit zur Ueberwindung der Agrarkrise machte und die er erstens von der in allgemeiner Menschheitsbegehung stehenden Phrasologie der meisten Redner der Eröffnungssitzung abstand.

Auch in den anderen Sektionen machte sich die sorgfame Vorbearbeit der deutschen Abordnung und ihre kraftvolle Föhrung erfolgreich bemerkbar. Das zeigte sich besonders bei der Sektion für landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, wo die ins einzelne gehenden deutschen Vorschläge vor allem zur Ausbildung des genossenschaftlichen Nachwuchses vielfach angenommen wurden.

anderen System an Es ist Karakon für Land getreten eine der Breitreum gen Gewer Wirtschaft amt in W Neben Prag für Aufgabe gründen Die deutl ihrerfeits tum; die ein paar ten auf d gefährlich keit ab der Föhrer schaftliche bunden die Festat in Prag. Ein Sach Gen Mittelung licht in le der franz als Werk im Name schen und nächst in Deutschla menhänge In de der Jurist diplomat die Gefan die Anwe in Geme Durchführ 1927 von gefen im mehr zuh Botchaftle Nach wörslich: „Die ein Befah jägen r rückkehr als getra Konferen eben ab da die P sondere i allierten den Festfick auf Diee re der die müßt, b bestände Verhände Inngen a Reinklate des BÖf rungen a Der Berl Mitte im lühre de den ganz Republik Inhalt e schlus an erlassen reich be Die Bert Aufsatz e Naduna rtrag, T gelehnt, I den Bun tischen F Be r Führer Kenner den stell Th e o b d Republik Stelle e raten V den ver bel m Kr 400 R Be r anstelle e Monaten anstelle r verarheit Stahlhel agent. Justit In B Berordn ung au In dem webrang nuben, b örterung wisse W Kräfteha gelehnt in diefer über nid Dienst L



trat heute nachmittag um 3 Uhr die Reaktion der Deutschen Volkspartei zur Besprechung der politischen Lage zusammen.

Selbstentzündung die Ursache des Brandes des Münchener Glaspalastes.

München. Wie mitgeteilt wird, sind die politischen Erhebungen über die Ursache der Katastrophe im Glaspalast nunmehr abgeschlossen.

Die Ermittlungen nach Ort und Zeit des Brandausbruchs ergaben, daß der Feuerherd im Innern des Gebäudes in einer der beiden Kammern rechts vom Haupteingang zu suchen ist.

Anfall beim Abbruch.

München. Bei den gegenwärtig im Gange befindlichen Arbeiten zum Abbruch der noch stehenden Eisengerüstteile des Glaspalastes ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Unfall.

Erster Begegnung von der Jungfrau.

Berlin. Dem Weltrekordsegelflieger Günther Groenhoff gelang nach einer Meldung Berliner Mütter aus Interlaken mit seinem Segelflugzeug Fahrt der Stadt auf dem Jungfraujoch in Höhe von 3400 Meter mit dem Gummiflügel.

Interlaken. (Funkpruch.) Der Schweizer Segelflieger Harnes ist heute früh 7.30 auf dem Jungfraujoch gestartet.

Frankfurt a. M. (Funkpruch.) Nach hier eingetroffenen Berichten der deutschen Segelfliegergruppe müssen die Flügel im Jungfraugebiet auf kurze Zeit unterbrochen werden.

Landung des Schweizer Segelfliegers.

Interlaken. (Funkpruch.) Der Schweizer Segelflieger Harnes, der, wie gemeldet, heute morgen vom Jungfraujoch mit seinem Segelflugzeug gestartet war, ist glücklich in Interlaken nach einer Flugzeit von 1 Stunde und 45 Minuten gelandet.

Einzelheiten von dem englischen U-Bootsunglück.

London. Nach 10 stündigem Suchen mit Suchleinen hat man in der Nacht zum Mittwoch das 21 Seemeilen nördlich von Whitby gesunkene Unterseeboot „Poseidon“ gefunden.

Keine Rettung für die im englischen U-Boot eingeschlossene Besatzung?

Whitby. (Funkpruch.) Ueber die in dem gesunkenen englischen Unterseeboot eingeschlossene Besatzung wird berichtet, daß kaum noch Hoffnung vorhanden sei, sie lebend bergen zu können.

Erdböbe in Ostpreußen.

Hamburg. Wie das Hamburger Fremdenblatt meldet, sind in Ostpreußen (Kreis Weiden) in der vorletzten Nacht starke Erdböben verheerend verlaufen.

Die Verunglückten im Knappschaftslazarett Neurode.

Neurode. Das Grubenunglück hatte in der Nacht den kleinen Ort Neurode alarmiert und in kurzer Zeit hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden.

Raubüberfall auf eine Kreisbahnwagentheke.

Neudlinghausen. In der Kreisbahnwagentheke Berlin erschien gestern vormittag ein Mann, der Geld zu kaufen wünschte.

Aus den Nachbarstaaten.

40-Stunden-Woche in Gera.

Gera. In der öffentlichen Stadtratssitzung gab Oberbürgermeister Arnold bekannt, daß für die städtischen Arbeiter im Einvernehmen mit den Gewerkschaften die 40-Stunden-Woche eingeführt worden sei.

Weißenseels. Betriebseinstellung. Die Fabrik Waldau der Bierschen-Weißenseels Brauereien-K.G. hat ihren Betrieb eingestellt.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Cerealien pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

Table with 3 columns: Product Name, 10. Juni, 11. Juni. Lists various grains like Weizen, Roggen, Gerste, etc.

Bei ruhigem Geschäft uneinheitlich.

Au den Grundlagen des Produktienmarktes hat sich kaum etwas verändert. Die Preisgestaltung war heute nicht ganz einheitlich.

Handel und Volkswirtschaft.

Dresdner Börse vom 10. Juni. Stärkeres Angebot, dem keine Aufnahmefähigkeit gegenüberstand, brühte auf fast allen Märkten die Kurse erheblich.

Dresdner Börse vom 11. Juni. Mit größeren Verlusten in Spezialwerten tendierte die Effektenbörse, verstimmt durch die Berliner Börsennotizen und durch äußerst geringe Aufnahmefähigkeit recht schwach.

Schwache Börse. An der Berliner Börse hatte weiterer harter Abgabedruck am Mittwoch eine sehr schwache Tendenz zur Folge.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 11. Juni 1931 in Dresden. Schlachtviehmarktung und Werklaffen. Gewicht.

Table with 3 columns: Category, 10. 6. 31, 11. 6. 31. Lists market prices for various types of livestock.

Wasserstände

Table with 3 columns: Location, 10. 6. 31, 11. 6. 31. Lists water levels at various locations.

Eibbad Riesa: Wasserwärme 18 °C.

Marktberichte.

Table with 3 columns: Product Name, Price, Quantity. Lists market reports for various goods.

Der hat von der Sicherung mit Rückkommen. Er fa... (Vertical text on the right edge of the page)







# Minne vom Jovyn in Bild und Wort.



**Von links nach rechts:**  
**Reichsgewerkschaft der Polizeibeamten.**  
 Die beiden Polizeibeamtenverbände, der Schrader-Verband und der Beinarref-Verband, haben sich jetzt zu einer Reichsgewerkschaft zusammengeschlossen, zu deren Vorsitzenden der bisherige Präsident des Schrader-Verbandes, Schrader, gewählt wurde.

**1 Million Dollar für Heidelberg**  
 hat der Deutschamerikaner Gustav Oberländer gestiftet. Das Geld soll Amerikanern aller Berufsstände zur Verfügung gestellt werden, um ihnen zur Vertiefung der deutsch-amerikanischen Freundschaft einen einjährigen Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen.

**Deutscher Gelehrter nach Newyork berufen.**  
 Professor Wilhelm Köhler, der Direktor der Staatlichen Kunstsammlungen in Weimar, ist für das Jahr 1932/33 an den Kuno-Franke-Vehrsstuhl für deutsche Kunst und Kultur an der Harvard-Universität in Newyork berufen worden.

**Der Sohn des Mexiko-Präsidenten erschossen.**  
 Der 18jährige Sohn des mexikanischen Staatspräsidenten, Guillermo Rubio Ortiz, wurde zusammen mit einem Freund von einem Friedensrichter auf dem Heimwege von der Schule in Kansas erschossen. Angeblich sollen sich die beiden jungen Leute im Besitz von Waffen befunden haben und der Aufforderung, mit ihrem Wagen zu halten, nicht nachgekommen sein.

**Glaspalast-Erstaussstellung in der Pinakothek.**  
 Auf Befehl des bayerischen Kultusministeriums wird in der Münchener Neuen Pinakothek eine Erstaussstellung für die mit dem Glaspalast verbrannte Ausstellung geschaffen werden.

**Bild darunter:**  
**Die Einweihung der Schurman-Universität in Heidelberg.**  
 Zur Weihe des Neubaus der Universität Heidelberg hielt der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, die Festrede. Nach ihm ist der Neubau genannt worden, da er bei seinen amerikanischen Freunden die Gelder für den Bau gesammelt hatte.



**Der Heilige Antonius von Padua,**  
 der zu den am meisten verehrten Heiligen der katholischen Kirche gehört. Sein 700. Todestag wird am 13. Juni feierlich begangen.

**Bild rechts.**  
**Neue Grubenkatastrophe in Baldensburg — 7 Tote.**  
 Knapp ein Jahr nach dem furchtbaren Unglück auf der Benacklausgrube in Neurode hat eine neue Katastrophe das Revier heimgesucht: auf der Rubenarube der Neuroder Gruben- und Tonwerke ereignete sich ein Kohlenäureausbruch, der sieben Bergleute in den Tod rief.

**Bild links unten.**  
**Schiffe, die sich nachts begegnen.**  
 Bei den Manövern der französischen Flotte an der nordafrikanischen Küste stießen in der Nacht zwei Torpedoboote zusammen. Die Schiffswand des einen Bootes wurde vollständig zerstört, jedoch konnte das Torpedoboot noch den nächsten Hafen erreichen.

**Bild rechts unten.**  
**Englisches U-Boot mit 20 Mann gesunken.**  
 Das englische Unterseeboot „Poseidon“ ist beim Auftauchen an der chinesischen Küste mit einem Handelsschiff zusammengestoßen und mit 20 Mann Besatzung sofort gesunken. Die „Poseidon“ gehörte zu den modernsten Schiffen der englischen U-Boot-Flotte, hatte im getauchten Zustande 2075 Tonnen Wasserdrängung und ist erst im vorigen Jahre vom Stapel gelassen.



